

# Landrat Finzelberg: Der Dauergast vor Gericht

Seit mehr als einem Jahr muss sich Lothar Finzelberg wegen Falschaussage verantworten, nun soll endlich ein Urteil gesprochen werden.

Heute wird im Prozess gegen den Landrat des Jerichower Landes das Plädoyer der Staatsanwaltschaft erwartet. Mehrere Zeugen haben Lothar Finzelberg mit ihrer Aussage belastet. Doch ob er auch verurteilt wird, ist offen.

Von Christopher Kissmann  
Burg • Wenn Lothar Finzelberg in seinem Jerichower Land unterwegs ist, hat er oft ein freundliches Lächeln auf den Lippen. Auf Terminen und Volksfesten nimmt sich der Landrat gern Zeit für die Einwohner seines Kreises. Er hört ihnen verständnisvoll zu.

Doch seit drei Jahren muss sich Finzelberg (parteilos) auch unangenehme Fragen gefallen lassen. Seitdem ermittelt die Staatsanwaltschaft, welche Aktie der Landrat im Müllskandal hat, der Sachsen-Anhalt im Jahr 2008 erschütterte.

## „Der Prozess sollte eigentlich im Frühjahr vorbei sein.“

Richter Winfried Leopold

Millionen Tonnen Abfälle wurden damals in den Tongruben Möckern und Vehlitz (beide Jerichower Land) illegal abgelagert. Dazu musste sich Lothar Finzelberg am 4. Mai 2009 vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Landtages äußern. Das hat er getan - bei der Befragung jedoch wissenschaftlich falsch ausgesagt. So lautet die Anklage der Staatsanwaltschaft, die seit mehr als einem Jahr am Amtsgericht Burg verhandelt wird. Seitdem ist der Landrat ein Dauergast vor Gericht. Verglichen mit dem, was



Lothar Finzelberg zwischen seinen Verteidigern Andreas Meschkat (links) und Friedrich Zoller. Dem Landrat des Jerichower Landes droht im Prozess wegen uneidlicher Falschaussage eine Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren.  
Foto: Christopher Kissmann

kommt (siehe unten), ist der Prozess wegen uneidlicher Falschaussagen winzig klein. Dass das Verfahren so lange dauern würde, hätte wohl keiner der Beteiligten gedacht. Richter Winfried Leopold sagt: „Der Prozess sollte eigentlich im Frühjahr vorbei sein.“ Es sei am Anfang jedoch nicht absehbar gewesen, dass alle Mitglieder des Untersuchungsausschusses geladen werden mussten. Auch die Urlaubszeit und die Bearbeitung von zwei Befangenheitsanträgen hätten eine Pause erfordert.

Heute hat Leopold den 28. Prozesstag angesetzt. Es wird das Plädoyer der Staatsanwaltschaft erwartet. Vermutlich hätten dies Oberstaats-

Staatsanwalt Thomas Kramer bereits nach der Hälfte der Zeugen halten können. Die Beweise für die Falschaussage sind in ihren Augen erbracht.

Mehrere Mitarbeiter des Landkreises haben Finzelberg belastet und ausgesagt, dass er direkt auf ihr Handeln im Zusammenhang mit den Tongruben in Vehlitz und Möckern eingewirkt habe. Zudem hat Ex-Staatssekretär Jürgen Stadelmann bestätigt, dass er Finzelberg vor seiner Vernehmung Protokolle der Aussagen von Mitarbeitern geschickt hat. Vor dem Untersuchungsausschuss hatte der Landrat beides bestritten. Ob er dafür verurteilt wird, bleibt aber offen. Verteidiger Andreas Me-

wusst, dass Finzelberg vor dem Ausschuss nicht den Status eines Zeugen hatte. „Der Landtagsabgeordnete Matthias Graner soll als Mitglied des Untersuchungsausschusses bereits im Sommer 2008 Informationen gehabt haben, die ein angeblich strafrechtlich relevantes Verhalten des Landrates belegen. Dann wäre er nicht als Zeuge vernommen worden - sondern als Beschuldigter.“

## „Er war kein Zeuge. Landrat Finzelberg ist freizusprechen.“

Verteidiger Andreas Meschkat

Nach Meinung des Anwalts hätte Finzelberg vor dem Aus-

sich selbst zu schützen. Meschkat fordert: „Landrat Finzelberg ist freizusprechen.“ Ein cleverer juristischer Kniff des Rechtsanwalts - und ein Grund dafür, dass der Prozess Anfang des Jahres ausgeföhrt ist. Richter Leopold hat daraufhin alle Mitglieder des Untersuchungsausschusses vorgeladen. Die Vernehmungen haben Monate gedauert. Die Frage, ob es Anhaltspunkte für ein rechtswidriges Verhalten des Landrats gegeben habe, verneinte die Parlamentarier. Meschkats These scheint gescheitert. Seitdem versucht er, einen Konflikt von Graner mit Finzelberg aufzubauen.

Graner (SPD) hat bei seiner Vernehmung im Juni 2012 aus-

geld eingelegt, das das Gericht gegen Graner verhängt hat.

Für Andreas Meschkat ist das der Beweis, dass Graner unglaubwürdig ist. „Ich brauche seine Aussage nicht mehr. Dieser Zeuge ist verbrannt“, sagt der Anwalt. Staatsanwalt Thomas Kramer ist in einer Verhandlung der Kragen geplatzt: „Die Verschwörung von Herrn Graner gegen Herrn Finzelberg gibt es nicht. In diesem Prozess geht es um Falschaussage, Herr Meschkat. Diese ist erwiesen!“

Kramer und Oberstaatsanwältin Verena Borstel haben während des Prozesses mehrfach ihren Unmut geäußert, dass es ihnen zu langsam vorwärts gehe und dass die Verteidigung angekündigte Beweisangebote nicht stelle.

## „Es gibt keine Verschwörung von Herrn Graner gegen Herrn Finzelberg.“

Staatsanwalt Thomas Kramer

Finzelberg selbst sieht sich als „Bauernopfer“ und schiebt Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) die Schuld zu. Durch ein „völlig chaotisches Krisenmanagement“ des damals von Haseloff geführten Wirtschaftsministeriums sei der Müllskandal erst möglich geworden. Doch aus dem „Orkan“, den Finzelberg nach seiner Anklage entfachen wollte, ist nichts geworden. Mehrfach hatte die Verteidigung die Vorladung des Ministerpräsidenten angekündigt - passiert ist nichts. Meschkat sagt: „Wir behalten uns vor, dies in einer eventuellen Rechtsmittellinstanz nachzuholen.“

Dem Landrat droht eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren. Finzelbergs Vorgesetzter, der Kreistag des Jerichower Landes, hielt bislang immer an ihm fest. Am 11. Dezember soll

für ein strafrechtliches Verschulden von Finzelberg hatte. „Sonst wäre ich zur Polizei gegangen“, hatte er erklärt. Der Verwaltungsbeamte Jörg Börstler hatte später jedoch behauptet, dass Graner ihm gegenüber von kriminellen Machenschaften im Landkreis und dem Landrat als Hauptschuldigen im Müllskandal gesprochen habe. Graner wurde im Oktober nochmals als Zeuge geladen, verweigerte aber die Aussage. Er sagt: „Ich habe beim ersten Mal umfassend ausgesagt, mehr weiß ich nicht.“

Pikant: Staatsanwalt Kramer, auch SPD-Mitglied, hält die Aussageverweigerung für gerechtfertigt. Gemeinsam mit Verena Borstel hat er Be-